

Rechtspopulismus in Europa und NRW, 02. Juni 2015, Dortmund

Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung ist rund die Hälfte der Befragten aus acht europäischen Ländern der Ansicht, es gebe zu viele Zuwander_innen in ihrem Land. Und die Europawahlen von 2014 haben gezeigt, dass Euroskepsis, Nationalkonservatismus und rechtspopulistische Parteien in zahlreichen EU-Ländern einen Aufschwung erleben. Nicht nur Front National, UKIP und die AfD sind auf dem Vormarsch. Parallel zum Einzug rechtspopulistischer Parteien in Europas Parlamente hat die Pegida-Bewegung im Januar 2015 mit islam- und ausländerfeindlichen Parolen bis zu 25.000 Menschen auf ihren Demonstrationen mobilisieren können. Im Kontext der Debatte über Asyl- und Zuwanderungspolitik werden Flüchtlingsunterkünfte durch Bürgerinitiativen behindert, sogar Brandanschläge hat es gegeben. Darüber hinaus nehmen die Drohungen gegenüber den sich für Flüchtlinge einsetzenden zivilgesellschaftlichen Akteuren, Landes- und Kommunalpolitiker_innen zu.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung lud am 02. Juni 2015 in Kooperation mit der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie nach Dortmund ein, um zu fragen, warum rechtspopulistische Strömungen und Parteien derzeit einen Aufschwung in



Europa erleben. Sind Rechtspopulismus und Europafeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft angekommen und wie stellen sich die Grenzen zwischen rechtspopulistisch, rechtskonservativ und rechtsextrem dar? Zu Gast waren Andreas Speit, Autor und Journalist, Alexander Häusler, Rechtsextremismusexperte an der FH Düsseldorf und die SPD-Landtagsabgeordnete aus Dortmund Nadja Lüders.

„Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Rechtspopulismus!“. Mit diesen Worten, einem Zitat aus Ernst Hillebrands neuem Sammelband „Rechtspopulismus in Europa“, begrüßte Martin Weinert, Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung die etwa 80 Gäste. Diesen deutlichen Worten folgte Andreas Speit mit seinem ersten Impulsvortrag. Er argumentierte, dass die aktuellen Entwicklungen der Tatsache geschuldet seien, dass man es sich zu einfach gemacht habe und nicht kontinuierlich gegen rechte Ressentiments vorgegangen sei. So habe man sich in den letzten 20 Jahren stets nach rechten Wahlerfolgen kurz empört, die mühsame und tägliche Präventionsarbeit jedoch vernachlässigt. Den Aufschwung der rechtspopulistischen Parteien in Europa begründete er damit, dass fremdenfeindliche Ressentiments zunehmend in der Mitte der Gesellschaft ankämen, da aufgrund der wirtschaftlichen Krisen in Europa Ängste und Sorgen der Bevölkerung, unter anderem die eigene Positionen zu halten, zunähmen. Weiter würde in den Ländern, die eher keine oder geringere Probleme haben, zunehmend rechter gewählt, während in den Krisenländern linke Parteien und Gruppierungen mehr Zustimmung verbuchen können. Da

alte Weltbilder sich auflösen, so Speit weiter, seien die Bürger_innen zunehmend orientierungsloser angesichts der Herausforderungen unserer modernen Zeit, wie Globalisierung oder Migration. Diese Orientierungslosigkeit werde taktisch clever von Rechtspopulist_innen genutzt, indem diese sich als Patrioten oder soziale Beschützer stilisieren, die für den „kleinen Mann“ und gegen „die da oben“ kämpfen. Beunruhigenderweise, so Speit, würden vor allem die konservativeren Parteien nun anfangen diese Ressentiments aufzugreifen und sich im Kampf um Wählerstimmen anzupassen. Als Beispiele nannte er die äußerst emotional geführte Zuwanderungsdebatte und die umstrittene Einstufung von Staaten als sichere Drittländer.

Dieser Punkt wurde von Alexander Häusler, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der FH Düsseldorf, aufgegriffen. Die vier großen Themen, die Rechtspopulisten besetzen würden, seien Einwanderung und Asyl, die vermeintliche Islamisierung, Ressentiments gegen Globalisierung und



supranationale Entscheidungsprozesse sowie Ressentiments gegenüber Minderheiten. Diese Themen fruchten nach Häusler vor allem in prekarisierten und politikverdrossenen Schichten, die von den etablierten Parteien enttäuscht sind. Rechtspopulisten würden sich vertikal nach unten gegen „Sozialschmarotzer“ und auf der anderen Seite gegen „die da oben“ abgrenzen und sich als Außenseiter im politischen Diskurs darstellen. An dieser Stelle schaffe rechtspopulistische Agitation ein Abgrenzungs- und Identitätsangebot und gäbe einfache (wenn auch schlechte) Antworten auf die komplexen Fragen unserer Zeit. Rechtspopulistische Agitationen fangen häufig mit geäußelter Unzufriedenheit gegenüber Medien und Berichterstattung sowie „der Politik“ an und enden mit offen rassistischen oder islamfeindlichen Parolen. Zum Schluss unterstrich Häusler, dass demokratische Gesellschaften verloren haben, wenn man diese Themen nicht aufgreife und sich nicht der Konfrontation stelle und zitierte Sigmar Gabriel mit den Worten „Man muss als Politiker dahin gehen, wo es wehtut!“.

Nadja Lüders, MdL bestätigte, dass dies gerade in Dortmund sehr weh tue, der Ansatz aber der richtige sei. Sie wies darauf hin, dass dies schon im Kleinen anfinde, wenn beispielsweise über „Flüchtlingsprobleme“ und nicht über die eigentlichen Probleme, die Ursachen der Flucht, gesprochen werden. Weiter müssten Politiker_innen mehr zuhören und sich mehr mit den Sorgen der Menschen auseinandersetzen, auch wenn man möglicherweise nicht immer eine Antwort geben könne oder auch an manchen Stellen Fehler zugeben müsse. Gleichzeitig müssten sich sowohl Politik, als auch Medien mehr bemühen, komplexe Themen besser zu erklären, um Menschen zu überzeugen, sie mitzunehmen und so potenzielle Anfälligkeit gegenüber rechten Ressentiments zu reduzieren.

Während der anschließenden offenen Diskussionsrunde merkte Andreas Speit an, dass rechtspopulistische Parteien seit Jahren soziale Themen besetzen würden und wies darauf hin, dass sich die etablierten Parteien genau auf diese vernachlässigten, von den Rechtspopulist_innen besetzten Themen konzentrieren müssten. Alexander Häusler fügte hinzu, dass man versuchen müsse, zu verstehen, welche Probleme Menschen nach rechts treiben, da Rechtsextreme ein Produkt unserer Gesellschaft seien. Zum Abschluss unterstrich Nadja Lüders, dass man trotz aller Probleme auch die positiven Seiten sehen müsse. Mit Bezug auf Demonstrationen und Aktionen gegen Rechtsextreme in Dortmund oder die Pegida-Demonstrationen, wies sie darauf hin, dass sehr wohl eine Zivilgesellschaft existiere, die sich wehrt und Rechtsextremismus die Stirn biete.

Text: Damian Jordan

Redaktion: Martin Weinert, Friedrich-Ebert-Stiftung